

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbon d

Inhalt

Hans Iven, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, schildert Möglichkeiten für den Zivildienst und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Mobile soziale Hilfsdienste.

Seite 1-3

Antje Huber MdB wertet Resolution und Weltaktionsprogramm der Kopenhagener Weltfrauenkonferenz: Deutliche Fortschritte.

Seite 4

Elfriede Hoffmann sieht im CDU-Zehnjahresprogramm für Frauen verfehlte Angebote: Fragwürdige Rezepte.

Seite 5

Hans Bächler MdB kritisiert die Haltung der Opposition zum innerdeutschen Gipfel: Wer Unerfüllbares fordert, will alles verhindern.

Seite 6/7

Günter Schluckebier MdB zur 11. Sondergeneralversammlung der UN: Es besteht wenig Hoffnung.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 160

22. August 1980

Mobile soziale Hilfsdienste

Möglichkeiten für den Zivildienst und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Von Hans Iven

Bundesbeauftragter für den Zivildienst

Kaum einer weiß genau, was ein mobiler sozialer Hilfsdienst ist, wem er helfen soll, wer ihn trägt, wie er organisiert ist und wo es ihn gibt. Das ist nicht verwunderlich, denn die Bezeichnung wurde erst vor kurzem im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung geprägt und das organisierte Angebot dieser Hilfen ist auch noch nicht sehr weit verbreitet.

Deshalb zunächst einiges über die Hintergründe:

Insbesondere in den Jahren seit 1969 ist es unter sozialdemokratischer Führung gelungen, das soziale Leistungsnetz enger zu knüpfen, für viele Lebensbereiche die Ansprüche auf finanzielle Leistungen zu erweitern oder neu zu schaffen und dabei trotz mancher Mängel einen beachtlichen Leistungsstandard zu erreichen.

Rechtsansprüche auf finanzielle Leistungen sind ein wichtiges Element persönlicher Freiheit. Aber nicht in allen Lebenslagen werden die Empfänger der Geldleistungen auch damit in die Lage versetzt, ihre sozialen Probleme zu lösen. Insbesondere alten und behinderten Menschen ist es oftmals trotz der bestehenden materiellen Absicherung schwer, ihr Leben in den eigenen vier Wänden zu meistern. Eine Vielzahl von Faktoren hat dazu geführt, daß diese Menschen vereinsamen, ihren sozialen Bezug zu ihrer Umwelt verlieren und notwendige Hilfe, die sie für eine menschenwürdige Lebensführung brauchen, nicht ausreichend erhalten. Da ist zum einen der Verfall der Großfamilie infolge der Industrialisierung und Verstärkung zu nennen. Ebenso haben die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen und die wesentliche Erhöhung der allgemeinen Lebenserwartung dazu beigetragen, daß diese Menschen ohne ausreichende Hilfe sind.



Es ist wohl inzwischen unbestritten - der DGB hat dies in sein Programm zur Verbesserung der Lebenssituation Älterer Menschen geschrieben -, daß die Betreuung alter und behinderter Bürger in ihrem häuslichen Bereich eine soziale Aufgabe ist, die mit dem vorhandenen familiären und nachbarschaftlichen Engagement sowie den ehrenamtlichen und hauptberuflichen Hilfen nicht ausreichend erfüllt wird. Es fehlt an organisierten Diensten, die vor allem Unterstützung bei der Haushaltsführung, pflegerische Hilfen und nicht zuletzt kommunikative Hilfen anbieten und damit das Verbleiben der alten und behinderten Mitbürger in ihrem gewohnten häuslichen Lebensbereich in vermehrtem Umfang ermöglichen. Diese Dienste haben wir mobile soziale Hilfsdienste genannt.

Mobile soziale Hilfsdienste entlasten in einem gewissen Umfang Alten- und Pflegeheime. Dadurch werden auch Heimkosten in erheblichem Umfang eingespart. Viel wichtiger erscheint mir aber, daß es Alten und Behinderten durch mobile soziale Hilfsdienste möglich wird, sich auch dafür entscheiden zu können, in der eigenen vertrauten Umgebung und Nachbarschaft verbleiben zu können. Das ist ein Mehr an Lebensqualität, dessen Wert man so lange zu niedrig ansetzt, als einem diese Problematik nicht unmittelbar vor Augen steht.

Die Frage ist berechtigt: Was hat das alles mit Zivildienst und Arbeitsbeschaffung zu tun? Die Antwort ist schnell gegeben: Anfang der siebziger Jahre ist an mich das Problem der vereinsamenden alten und behinderten Menschen herangetragen worden mit der Bitte, durch den Einsatz von Zivildienstleistenden in der Betreuung dieser Menschen mitzuhelfen, diese sozialen Probleme zu lösen. Erste Versuche in Frankfurt bestätigten, daß Zivildienstleistende nach einer kurzen Anlernphase im Rahmen eines mobilen sozialen Hilfsdienstes nützliche Arbeit leisten. Das hat mich ermutigt, verteilt auf die ganze Bundesrepublik im größeren Umfang Modellversuche anzuregen und zu fördern. Solche Modellversuche existieren heute in Duisburg, Fürth, Friesland, Gelsenkirchen, Köln, Laubach, Mannheim/Heidelberg, Siegen, Soest, Unna und Weilheim. In diesen Versuchen werden auch in zunehmendem Maße arbeitssuchende Mitbürger als Einsatzleiter, Verwaltungskräfte und Helfer eingesetzt und aus Mitteln der Bundesanstalt finanziell gefördert. Der Aufbau mobiler sozialer Hilfsdienste bewirkt



damit nicht allein, daß die sozialen Probleme der Alten und Behinderten bei der Führung eines eigenen Haushaltes entschärft oder gar gelöst werden, sondern führt auch zu einer sinnvollen Beschäftigung von Zivildienstleistenden und einer Entlastung des Arbeitsmarktes. Insbesondere sozial engagierten Hausfrauen kann so zu einer wertvollen Beschäftigung verholfen werden. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Herbert Ehrenberg, ist mit den Präsidenten der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege überein gekommen, dem weiteren Aufbau mobiler sozialer Hilfsdienste ein besonderes Augenmerk zu widmen. Wir sind bereit, die örtlichen Initiativen von Wohlfahrtsträgern zu unterstützen und zunächst bis zu 2.000 Zivildienstleistende für den Einsatz im mobilen sozialen Hilfsdienst bereitzuhalten. Darüber hinaus will der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit der Bundesanstalt für Arbeit dafür sorgen, daß nach den jeweiligen regionalen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes geeignete Arbeitsuchende für diese Tätigkeiten gefunden und über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert werden.

Aufgrund dieser Vereinbarung sind überall in der Bundesrepublik solche Dienste im Entstehen. Als Bundesbeauftragter für den Zivildienst stehe ich den örtlichen Wohlfahrtsträgern jederzeit mit Rat und Tat bei dem Aufbau solcher Dienste zur Verfügung. Ich würde mich freuen, wenn diese Initiative zu möglichst vielen Aktivitäten führte.

Dabei ist klar, daß die Kosten dieser Dienste, auch wenn sie durch den Einsatz von Zivildienstleistenden und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen niedrig gehalten werden, nicht voll von den die Dienste beanspruchenden Bürgern getragen werden können. Ein finanzielles Engagement der Kommunen und Länder erscheint mir auf Dauer unerlässlich, aber auch gerechtfertigt.

Alle möglichen Partner sind deshalb aufgerufen, ihren Einfluß - wie groß er auch immer sein mag - geltend zu machen, daß allenthalben mobile soziale Hilfsdienste in engem Verbund mit anderen sozialen Einrichtungen entstehen und langfristig finanziert werden.

(-/22.8.1980/ks/ca)

+ + +



Deutliche Fortschritte

Resolution und Weltaktionsprogramm der
Kopenhagener Weltfrauenkonferenz helfen der Frauenpolitik

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die erste inhaltliche Auswertung der auf der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen verabschiedeten Resolution und des dort erarbeiteten Weltaktionsprogramms für die zweite Hälfte der Dekade der Frau zeigt deutlich Fortschritte auf dem Gebiet der Frauenpolitik. Die Konferenz hat allen Unkenrufen zum Trotz gut gearbeitet und die Sache der Frauen inhaltlich weiter vorangebracht.

Unter den wichtigen Resolutionen zur Lage behinderter Frauen, mißhandelter Frauen, älterer Frauen, Flüchtlingsfrauen zum Beispiel, wurden einige von der Bundesrepublik initiiert oder beeinflusst. Dies blieb leider ohne großen Widerhall in der deutschen Presse.

Das Weltaktionsprogramm für die zweite Hälfte der Weltfrauendekade ist in Kopenhagen in seinen bedeutsamen Teilen vollständig überarbeitet, konkretisiert und auf die praktischen Bedürfnisse der Frauen abgestimmt worden, auch dies unter aktiver Beteiligung der deutschen Delegation. Sie hat insbesondere die Forderung nach einem Netz von Gleichstellungsstellen auch auf regionaler und lokaler Ebene eingebracht, die jetzt im Kapitel über die nationalen Instrumente zur Durchsetzung der Gleichberechtigung verankert ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat ja mit dem auf Bundesebene eingerichteten Arbeitsstab Frauenpolitik und Gleichstellungsstellen auf Länderebene bereits praktische Erfahrungen gesammelt.

Obwohl eine eher einseitig auf sensationelle politisch-ideologische Auseinandersetzungen eingestellte Berichterstattung einen anderen Eindruck hat aufkommen lassen, zeigen die Ergebnisse der Konferenz, daß Frauenprobleme in mühevoller Kleinarbeit aufgearbeitet werden müssen.

Die Bundesregierung fühlt sich den Ergebnissen der Konferenz verpflichtet und wird dafür sorgen, daß die für die Bundesrepublik relevanten Beschlüsse umgesetzt werden. Das gilt gleichermaßen für die Forderungen, die die Chancengleichheit der Frauen auf den Arbeitsmarkt und die Erleichterung der Familienaufgaben betreffen wie auch für den Gesundheitssektor und die Entwicklungspolitik, wo es besonders um die Projektpraxis geht.

Zum Vordergrund der Berichterstattung über Kopenhagen haben leider manchmal höhnisch kommentierte und vielleicht beklagte sogenannte "politischen Fragen" eine Rolle gespielt.

Frauenfragen lassen sich nicht aus dem politischen Gesamtkontext herauslösen, sie können nicht unabhängig von den jeweiligen konkreten politischen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen behandelt werden. Dennoch dürfen ihre eigentlichen Anliegen - auch öffentlich - nicht in den Hintergrund treten. Auf dieser Konferenz haben in allen Delegationen Frauen und Männer gemeinsam daran mitgewirkt, mehr Chancengleichheit für Frauen und Männer zu erreichen, so auch in der deutschen Delegation, die sich aus zwölf Frauen und sechs Männern zusammensetzte. (22.8.1980/bgy/ca)

+ + +



Fragwürdige Rezepte

CDU-Zehnjahresprogramm für Frauen mit verfehlten Angeboten

Von Elfriede Hoffmann

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Mit der Forderung in ihrem Zehnjahresprogramm "die Tätigkeit in der Familie muß einer beruflichen Tätigkeit außerhalb der Familie gleichgestellt werden", glaubt die CDU den Frauen einen Gefallen zu tun. Jedenfalls tut sie so, als seien damit nur Vorteile verbunden.

Wenn die Sache aber ernst gemeint ist und nicht zu einer bezahlten "Mutter im Staatsdienst" ausarten soll, sondern wenn wirklich die Kriterien von Erwerbstätigkeit an Hausfrauen- und Familienarbeit angelegt werden sollen, dann könnte dies unerwartete Folgen haben: Das heißt Erwerbstätigkeit ist grundsätzlich versicherungspflichtig, es wären Beiträge zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung zu zahlen - Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile.

Heute haben aber verheiratete nicht-erwerbstätige Frauen einen beitragsfreien Anspruch auf Krankenversicherungsschutz aus der Pflichtversicherung des Ehemannes und ebenfalls einen beitragsfreien Rentenanspruch auf Hinterbliebenenrente aus der Versicherung des Mannes. Wer würde also Beiträge für die im Haushalt erwerbstätige Frau zahlen? Etwa der Ehemann oder der Staat als Arbeitgeber? Würde die erwerbstätige Hausfrau in der Arbeitslosenversicherung beitragsfrei sein wie heute Beamte, weil ihr Arbeitsplatz nicht gefährdet ist?

Entgelte aus Erwerbstätigkeit sind grundsätzlich steuerpflichtig. Nach der CDU-Definition müßten dann Entgelte für Haus- und Familienarbeit auch der Steuerpflicht unterliegen. Dies würde den steuerlichen Vorteil, den das Steuersplitting heute vielen Familien bringt, wesentlich schmälern. Hausfrau als anerkannte Erwerbstätigkeit könnte im Rentenrecht und in der Arbeitslosenversicherung auch bedeuten, daß Frauen bei Berufs-, Erwerbstätigkeit beziehungsweise Arbeitslosigkeit auf alle ungelernen und angelernten Arbeiten verwiesen werden können, denn die wenigsten Hausfrauen haben eine Prüfung als Hauswirtschaftsmeisterin nachzuweisen.

Die Frage, wie die Erziehungs- und Hausarbeitsleistung von doppelt belasteten erwerbstätigen Müttern berücksichtigt werden müßte, existiert für die CDU überhaupt nicht und allein das macht eine gewisse verächtliche Haltung den Arbeitnehmerinnen gegenüber deutlich.

Viele offene Fragen also, die die CDU sich überhaupt nicht stellt. Ihr kommt es nur auf Stimmenfang bei den Hausfrauen an. Aber sie verrechnet sich. Acht von zehn nicht erwerbstätigen Müttern versuchen während der Kindererziehung Anschluß an ihren früheren Beruf zu behalten. Sicher spielen dabei finanzielle Gründe eine Rolle, die aber nicht mit 400 DM (CDU-Erziehungsgeld) zu beseitigen sind. Immer ausschlaggebender wird bei den heute zunehmend besser beruflich ausgebildeten Frauen das Interesse an ihrem Beruf und die sozialen Kontakte, die die Arbeitswelt ihnen bietet. Solche Bewußtseinsveränderungen können nicht durch ein Geburtenprämienystem à la CDU zurückgedreht werden. Das Hauptinteresse der Frauen liegt nicht in der Anerkennung der Hausarbeit als Beruf, sondern bei den Chancen, die ihr erlernter Beruf ihnen bietet.

Im Übrigen wirkt das "Zehnjahresprogramm" streckenweise, wie die Abschrift beziehungsweise Umformulierung von SPD-Programmen. So bekennt man sich endlich - wenn auch umformuliert - zum SPD-Prinzip "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" - "Chancengleichheit im Bildungssystem", ist dagegen eine Forderung aus der Mottenkiste, weil SPD-Bildungspolitik in der schulischen Bildung bereits gleiche Schulabschlüsse für Mädchen erreicht hat. "Finanzielle Anreize für Ausbildungsplätze, die bislang Jungen vorbehalten waren" ist die Umschreibung der bereits seit Jahren mit Erfolg laufenden SPD-Aktion "Mädchen in Männerberufen". Der Katalog der Übernahmen von SPD-Gedankengut ließe sich lange fortsetzen. Aufmunternd im Programm wirkt ein Schuß gegen den bildungspolitischen Bug des Ministerpräsidenten von Bayern: "Bildungsinhalte und Rahmenrichtlinien sollen keine für Jungen und Mädchen verschiedenen Lernzeile enthalten." Jedermann weiß, daß in Bayern Mädchen im Gegensatz zu Jungen zur Teilnahme an Hauswirtschaftsunterricht gezwungen sind.

Da hilft dann auch nicht mehr der Nachsatz "wobei die Verschiedenartigkeit der Anlagen nicht verkannt werden darf", denn für das Erlernen von Hauswirtschaft kann das keinen Sinn geben.

(-/22.8.1980/ks/ca)

Opposition zum innerdeutschen Gipfel

Wer Unerfüllbares fordert, will alles verhindern

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Politische Gespräche und Begegnungen zwischen führenden Politikern zweier Staaten sind sowohl Gradmesser für den Stand ihrer Beziehungen wie auch Ausdruck der allgemeinen Bereitschaft der politischen Öffentlichkeitsarbeit dieser Staaten.

Innenpolitische Gegnerschaft zwischen demokratischen Parteien sollte dort enden, wo es um übergeordnete Ziele und nationale Interessen geht. So sollte es sein! Besonders wenn es um die Beziehungen der beiden deutschen Staaten geht. Bei uns ist es nicht so.

Als heute vor einem Jahr von uns auf den Sinn für jene Dimensionen aufmerksam gemacht wurde, die die Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatsratsvorsitzendem Erich Honecker haben würde, stieß das ganze Vorhaben bei der Opposition auf eisige Ablehnung. Nun, nach zwölf Monaten hat sich nichts geändert, nur verdeckt unter einem von den Büchsenspannern und Heißspornen der Union aufgetürmten Schwall von Vorbedingungen und Erwartungen.

Selbst Leute, bei denen man Vernunft und Realitätsnähe voraussetzen könnte, ließen sich hinreißen. So wollte Richard von Weizsäcker den Sinn des Treffens nur darin sehen, wenn das Verhältnis der DDR-Führung zur eigenen Bevölkerung in den Beratungen einbezogen werde. Heute möchte von Weizsäcker mit diesem Verhandlungskonzept sogar mit auf Reisen gehen.

Der sattsam bekannte Abelein legt der staunenden Öffentlichkeit für die Begegnung ein Sechs-Punkte-Programm vor. Sein Vorreiter Strauß spricht von einem "Maulwurfshügel". Der eine stellt Vorbedingungen, weil sonst nichts gehen dürfe. Die Be-



zeichnung des anderen kommt fast schon einer Verhöhnung der gemeinsamen Interessen gleich. Dessen Stellvertreter Zimmermann kann sich nur noch in Beleidigungen äußern.

Wer wie Abelein, Mertes, Lintner, Dregger, von Wrangel und Strauß die Reise mit katastrophalen unerfüllbaren Forderungen belastet, ohne selbst zu Zugeständnissen und Kompromissen bereit zu sein, der will nichts mehr und nichts weniger als verhindern. Denn, so dumm kann ein Politiker nicht sein, daß er annehmen könnte, Herr Honecker ginge auf diese Maximalforderungen ein.

Rainer Barzel meldet sich zu Wort und macht sich mit mageren Zahlenspielen und "vertragslosen Zuständen" lächerlich. Und Franz Josef Strauß verlegt sich aufs öffentliche Briefeschreiben. Womit selbst jedem Pennäler klar ist, was der Zweck der postalischen Ergüsse ist. Selbstverständlich fehlt in dieser Reihe nicht der wie immer ins Kraut schießende Kohl. Gerhard Schröder verlangt wie wir, daß der innerdeutsche Dialog den Interessen der Deutschen dienen muß.

Die Opposition, so Gerhard Schröder, will einen scharfen Maßstab anlegen für diesen Dialog. Das ist ihr Recht, das ist ihre Pflicht. Nur, die Union hat ganz bewußt die Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker mit unerfüllbaren Forderungen befrachtet, um anschließend die konkreten Ergebnisse besser mit Geringschätzung verhöhnern zu können.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Gerhard Schröder, der zu Recht die deutschen Interessen bemüht, sollte wissen, daß die von Strauß und seinen Gefolgsleuten gegen Bundeskanzler Schmidt inszenierte Beleidigungskampagne den deutschen Interessen Schaden zufügt.

Eben, weil nach meiner Ansicht diese Opposition im Gegensatz zu der des Jahres 1956 keine Verantwortung gegenüber dem nationalen Interesse beweist, wird der Bundeskanzler auf die Begleitung durch einen Vertreter der Opposition verzichten.

Die unverändert in Skepsis, Mißtrauen, Ablehnung, ja blindwütiger Feindschaft verharrende und erstarrte Haltung der CDU/CSU ist nicht nur nicht hilfreich, sie ist schädlich, und sie wird, sollte sie jemals Grundlage einer Regierungspolitik sein, die in harter, unermüdlicher und zäher Kleinarbeit erreichten vielfältigen Erleichterungen für die Deutschen und für die Europäer gefährden und vieles von dem infrage stellen, was Grundlage der Entspannung und des Friedens in Europa ist.

(-/22.8.1980/ks/ca)

+ + +



Es besteht wenig Hoffnung

11. Sondergeneralversammlung der UN steht unter einem schlechten Stern

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In der Bundesrepublik Deutschland hat die entwicklungspolitische Diskussion in diesem Jahr zwei Gelegenheiten zu weiterem Fortschritt gehabt: Bei der Vorstellung des Berichtes der von Willy Brandt geleiteten Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen und bei der Neufassung der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung, der "Grundlinien". Die konzeptionelle und politische Basis dazu war schon im Vorjahr gelegt worden, und zwar bei der Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im April 1979 über die Nord-Süd-Verflechtung und beim Beschluß des Berliner Parteitages vom Dezember 1979 zur Nord-Süd-Politik, der die Fortschreibung und Konkretisierung der entwicklungspolitischen Leitlinien unserer Partei zum Ziel hatte.

Am Montag beginnt die 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die sich mit der Strategie für die 3. Entwicklungsdekade und mit den Vorbereitungen zu den im nächsten Jahr beginnenden Globalverhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nord und Süd befassen wird. Werden die unbestreitbaren Fortschritte in der entwicklungspolitischen Diskussion, die ja Dank des Berichtes der Brandt-Kommission auf internationaler Ebene geführt worden ist, Eingang in die dabei praktizierte Politik finden?

Es besteht wenig Hoffnung. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich noch nicht einmal über die Tagesordnung, das Verhandlungsverfahren und den Zeitablauf für die Globalverhandlungen einigen können. So wollen die Industriestaaten nicht über Handel, Rohstoffe, Währungs- und Finanzierungsfragen verhandeln, die Gespräche über das Energieproblem sollen sich auf Fragen wie Preise und Versorgung beschränken. Die Debatte über den Internationalen Währungsfonds soll nach ihrer Meinung im Internationalen Währungsfonds selbst geführt werden - wo die reformunwilligen Industriestaaten eine solide Stimmenmehrheit haben.

Ein Streit wird sich auch nicht vermeiden lassen, wenn über die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe gesprochen wird. Die Regierungen der wichtigsten wesentlichen Industriestaaten haben schon zu verstehen gegeben, daß sie auch die Fristverlängerungen zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels um weitere fünf Jahre nicht zu akzeptieren bereit sein werden. Auch die Bundesregierung hat dies trotz eindeutiger Beschlußlage bei beiden Koalitionsparteien und Koalitionsfraktionen und trotz der eindringlichen Appelle der Brandt-Kommission nicht getan.

Spätestens seit der Verabschiedung der "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" durch die 29. Ordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Dezember 1974 ist klar, daß die Entwicklungsländer eine neue Rolle in einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung anstreben. Wer einen genaueren Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt in den letzten Jahren wirft, muß zugeben: Sie haben diese neue Rolle bitter nötig. Trotz aller Bekenntnisse der Industriestaaten, ihre Partner in der Dritten Welt in die Weltwirtschaft zu integrieren, hat sich für die Entwicklungsländer kaum etwas Positives ergeben. Ihr Anteil am Welthandel ist eher gesunken; er liegt weit unterhalb dessen, was allein der firmeninterne Warenaustausch multinationaler Unternehmen zum Welthandel beiträgt. Auch in quantitativer Hinsicht gibt es wenig Ermutigendes. Der Anteil der Entwicklungsländer am Industrie-güterexport liegt heute bei 8,5 Prozent gegenüber 5,3 Prozent vor zehn Jahren.



Weder die westlichen Industriestaaten als Verhandlungsgruppe im Nord-Süd-Dialog noch die Europäische Gemeinschaft, deren Entscheidungsprozeß hinsichtlich einer gemeinsamen Haltung in New York noch abgeschlossen werden muß, aber auch nicht die Bundesregierung haben ein fortschrittliches, in sich geschlossenes Verhandlungskonzept aufzuweisen, das zu einer zügigen Auflösung der Verhältnisse krasser wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeiten in der Welt beitragen könnte. Gerade wir Europäer wissen doch aus eigener Erfahrung, welch gefährlichen Sprengstoff Ungerechtigkeit, Unzufriedenheit und Verständnislosigkeit für die Interessen anderer in sich bergen. Die konzeptionelle Vorarbeit ist doch im wesentlichen geleistet, auch in der Bundesrepublik Deutschland, auch durch die Bundesregierung. Was wir brauchen ist der Mut, die dabei gewonnenen Erkenntnisse in die Tat umzusetzen, in dem Bewußtsein, daß dies eine Verlagerung politischer und finanzieller Schwerpunkte bedeuten muß.

Das heißt insbesondere:

1. Die bisher ölimportierenden Entwicklungsländer müssen bei ihrer Suche nach Anpassung ihrer Energieversorgungsstruktur großzügig unterstützt werden, und zwar so, daß nicht neue technologische Abhängigkeiten entstehen.
2. Die prinzipielle Einigung über die künftige Gestaltung des internationalen Rohstoffhandels (Gemeinsamer Fonds, Rohstoffabkommen) muß jetzt mit Leben erfüllt werden. Die Gemeinschaft sollte endlich dem Zuckerabkommen beitreten und das Zustandekommen eines neuen Weizenabkommens fördern.
3. Die Verbesserung der Ernährungslage in der Dritten Welt muß durch internationale Sicherheitsreserven und durch die Hilfe zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern selbst gefördert werden. Der Anbau von Nahrungsmitteln für die dort lebenden Menschen mit arbeitsintensiven Technologien und unter Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung muß Vorrang haben.
4. Der Handel muß mehr als bisher Zweibahnstraße sein. Deshalb ist die Industrialisierung der Dritten Welt mit entwicklungspolitisch, sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch geeigneten Mitteln zu fördern. Dazu wird auch eine erneute Überprüfung unseres eigenen Instrumentariums zur Anregung privater Investitionen in der Dritten Welt gehören, aber auch die Mitarbeit an und Durchsetzung von internationalen Verhaltenskodices.
5. Die Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels bis 1985 ist eine Forderung von Partei und Fraktion der SPD. Die Reformbedürftigkeit der Politik des Internationalen Währungsfonds liegt auf der Hand. Hier muß den Entwicklungsländern großzügig entgegengekommen werden.

(-/22.8.1980/ks/ca)

